

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1872

10.3.1872 (No. 60)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 10. März.

N. 60.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingeschlossen, 2 fl. 7 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1872.

Amtlicher Theil.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser und König von Preußen haben Nachstehendes Allergnädigst zu bestimmen geruht:

Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 26. Februar cr.

Der Oberstlieutenant Vellay vom 1. Oberschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 22 wird, unter Stellung zur Disposition mit der gesetzlichen Pension, zum Landwehr-Bezirks-Kommandeur in Kolmar ernannt, und hat derselbe bis auf Weiteres seine bisherige Uniform beizubehalten. — Gleichzeitig wird der Major von Blessingh vom Grenadier-Regiment König J. W. IV. (1. Pommerschen) Nr. 2 in das 1. Oberschlesische Infanterie-Regiment Nr. 22 versetzt.

Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 27. Februar cr.

Der Secondelieutenant Freiherr von Neukirchen, genannt von Nyenheim, vom 2. Leib-Fusaren-Regiment Nr. 2 und kommandirt als Adjutant der 28. Kavallerie-Brigade, wird zum Premierlieutenant befördert.

Secondelieutenant Petersen vom Schlesischen Füsilier-Regiment Nr. 38 wird auf den Antrag seines Vaters in das 1. Oberschlesische Infanterie-Regiment Nr. 22 versetzt.

Premierlieutenant von Beng vom 4. Westphälischen Infanterie-Regiment Nr. 17 wird, unter Verleihung eines Patents vom 15. März 1869, und unter Belassung in seinem viermonatlichen Kommando zur Dienstleistung beim Kriegsmuseum, als aggregirt zum 3. Ostpreussischen Grenadier-Regiment Nr. 4 versetzt.

Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 20. Februar cr.

Dr. Beck, General- und Corpsarzt des 14. Armee-corps erhält ein Patent seiner Charge mit einer Anciennetät unmittelbar vor dem Generalarzt Dr. Schubert, Decernent in der Militär-Medizinal-Abtheilung des Kriegsministeriums.

Dr. Schröder, Stabs- und Bataillonsarzt vom 2. Bataillon, 3. Garde-Grenadier-Regiments Königin Elisabeth, wird zum Oberstabs- und Regimentsarzt des 1. Oberschlesischen Infanterie-Regiments Nr. 22.

Dr. Schäffer, Assistentarzt vom Bureau des Corps-General-Arztes III. Armee-corps, wird zum Stabs- und Bataillonsarzt des 2. Bataillons 2. Baischen Grenadier-Regiments Kaiser Wilhelm Nr. 110.

Dr. Ahmann, Assistentarzt vom Schlesischen Ulanen-Regiment Nr. 2, zum Stabs- und Bataillonsarzt des Füsilier-Bataillons 1. Oberschlesischen Infanterie-Regiments Nr. 22 und

Dr. Seidel, Assistentarzt vom Rheinischen Ulanen-Regiment Nr. 7, zum Stabs- und Bataillonsarzt des 4. Baischen Infanterie-Regiments Prinz Wilhelm Nr. 112 befördert.

Dr. Neuber, Oberstabs- und Regimentsarzt im 4. Westphälischen Infanterie-Regiment Nr. 17, wird der Majors-Rang verliehen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramm.

Berlin, 8. März. Abgeordnetenhause. Der Gesetzentwurf betreffend die Todeserklärungen von Personen, welche am Kriege von 1870 bis 1871 Theil nahmen, wird angenommen.

Wesph, 8. März. Das Ministerium beschloß, gutem Benehmen nach, den von der französischen Regierung verlangten Abänderungen des österreichisch-französischen Handelsvertrags seine Zustimmung zu verweigern. Das cisleithanische Ministerium dürfte, wie aus guter Quelle verlautet, denselben Beschluß gefaßt haben.

Deutschland.

München, 8. März. Der Bau der Bahnlinie Landau-Anweiler wird in Bälde beginnen und schon im Monat Mai der erste Spatenstich gemacht werden können. Boreerst soll sich der Bahnbau von Landau nach Zweibrücken bis Anweiler erstrecken, da nur bis dorthin die Ausarbeitung des Detailprojektes fertig gestellt ist. Die definitive Absteckung nach Wilgartsweien-Kaltenbach soll noch in diesem Monat in Angriff genommen werden und glaubt man auch dieses Projekt im Laufe des Sommers vollenden zu können.

Leipzig, 7. März. Das alte Strafrecht aus dem Mittelalter ist immer noch in Reminiscenzen vorhanden, wie ein Fall aus Norddeutschland zeigt, in welchem eine sehr schlimme Praxis gegenüber den in Seenoth befindlichen Schiffen zu Tage trat, indem man sich ganz enorme Vorthelle versprechen läßt und bei Verweigerung der Zulage die Unglücklichen erbarmungslos ihrem Schicksale überläßt. Das Reichs-Oberhandelsgericht ist in seinem Urtheile diesem freibrieflichen Treiben entschieden entgegengetreten und hat namentlich ausgesprochen, daß die in See-

notz abgepreßten Versprechen rechtsunverbindlich sind, während die beiden vorderen Instanzen auf Grund eines solchen Versprechens einen Vergelohn von 68,000 Thlrn. zuerkannt hatten.

Dresden, 7. März. Die Zweite Kammer beschloß im weiteren Verlaufe ihrer Sitzung, daß den kirchlichen Orden und Kongregationen die Errichtung von Unterrichts- oder Erziehungsanstalten aus kirchlichen Stiftungen in Sachsen verboten sei. Dergleichen soll den einzelnen Mitgliedern solcher Orden und Kongregationen die Ertheilung von Unterricht verboten sein.

L. K. Berlin, 7. März. Sitzung des Herrenhauses vom 7. März.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Generaldiskussion des Schulaufsichts-Gesetzes.

Hr. Dr. v. Götter hebt hervor, daß durch die Agitationen gegen das Gesetz eine viel weittragendere Tendenz in dasselbe hineingetragen worden sei, als in demselben liege. Das sei namentlich durch die Petitionen der Bischöfe gesehen, welche das Christenthum und den Bestand des Staates durch das Gesetz bedroht zu sehen glauben. Ueberall aber sei ihm der Gedanke entgegengetreten, daß der Gesetzentwurf nöthig sei; daher er nur annehmen könne, daß ein Mißverständnis jene Agitationen hervorgerufen habe. Der Bericht der Kommission habe leider auch nicht den so nöthigen nüchternen, objektiven Standpunkt eingenommen. Aus der Geschichte wie aus dem Staatsrecht lasse sich beweisen, daß die Schulen Veranstaltungen des Staates sind, — der Staat allein habe also das Recht der Aufsicht über dieselben. Die den Geistlichen übertragenen Funktionen könnten nur im Auftrage des Staates vollzogen werden. Redner weist dies an der Hand der Geschichte nach und hält das vorliegende Gesetz nur als eine notwendige Konsequenz der stets geltend gemachten Rechtsansichtungen. Das Amendement der Kommission müsse unter allen Umständen verworfen werden, da es gerade das Gegentheil von dem zur Folge haben werde, was die Staatsregierung mit Recht beabsichtige. Befürchtungen für die Zukunft seien doch nur Phantasme und Gespenster, die Niemanden bewegen dürfen; gegen das Gesetz zu stimmen: solche Erklärungen seien Appellationen an das Gefühl, aber keine Rechtsgründe.

Hr. Baron Senff v. Pilsach begrüßt die Herren, die man seit 20 Jahren niemals auf den Bänken gesehen habe (Heiterkeit), die völlig unbekannt seien und jetzt hergekommen seien, um gegen die langjährigen Arbeiter des Herrenhauses zu stimmen. (Unruhe.) Redner glaubt, daß die Schulen in Magdeburg und Posen in einem ziemlich klärenden Zustande seien, in andern Gegenden habe man mit mehr Schwierigkeiten zu kämpfen; und doch sehe in keinem Lande der Erde das Elementarstudium auf einem so hohen Grade der Entwicklung, wie in Preußen. (?) In solchen Zustände dürfe man nicht durch ein neues Gesetz einschneiden. Die Tagesblätter bezeugen deutlich, daß sie nicht vor christlicher Wahrheit wissen wollen; auch diese Freiheit werde ihnen gewährt; aber ein trauriger Zustand sei es, wenn solche Blätter bestimmen wollen, was in der christlichen Kirche rechts und links sein soll. Wer nicht auf dem Felde der christlichen Kirche stehe, dürfe sich nicht einmischen in die Angelegenheiten derselben, das würde eine traurige Unbilligkeit sein. Das Gesetz solle nach des Hrn. Ministerpräsidenten Worten ein Gesetz zur Ernennung und Abhebung der Lokal- und Schulinspektoren sein; es könnten nach dem Ausspruch desselben auch Juden als Inspektoren angestellt werden. Viele Organe der Tagespresse verporteten den lebendigen Gott, ja man habe die Staatsanwaltschaft „Kommiss des Justizministers“ genannt. Alles Dies würde durch das Schulaufsichts-Gesetz doch nicht anders werden. Das Gesetz bewecke, die Beamten ad vitam amovibel zu machen; was würde man sagen, wenn auch die Offiziere jede Minute entlassen werden könnten? Das Bekennniß des Hrn. Ministerpräsidenten, daß er an den lebendigen Gott glaube, erfreue ihn, indes ein jeder Katholik lege dasselbe Bekennniß ab. Wenn der Hr. Ministerpräsident sage, daß diejenigen, die gegen das Gesetz wären, es vielleicht besser zu verstehen vermaßen, so müßte man nach den Regeln der Höflichkeit einfach antworten: „Bitte recht sehr, bitte, wir wollen das Gesetz annehmen.“ Er bitte aber, nur die Kommissionsvorschlüge anzunehmen.

Kultusminister Dr. Falk erklärt, daß die Aeusserungen vom Ministerpräsidenten, namentlich die des Hrn. Ministerpräsidenten, sich überall einer würdigen Aufnahme erfreuen hätten; wenn Dem so ist, dann dürfe namentlich ein Mitglied dieses Hauses dem Ministerpräsidenten nicht Worte in den Mund legen, welche derselbe nicht gesprochen. (Bravo!) Die Worte, daß der Kultusminister mit diesem Gesetze schließlich Juden als Schulinspektoren werde anstellen können, seien laut dem stenographischen Bericht, nicht vom Fürsten v. Bismarck gesprochen worden, sondern vom Abg. v. Bismarck-Platow. (Lebhaftes Bravo!)

Hr. v. Bernuth bezieht sich namentlich auf die politischen Gründe, die für das Gesetz sprechen. Soll Preußen seinen Ruf an der Spitze Deutschlands erfüllen, so muß es die ganze Aufsicht über seine Schulen haben. Der Sinn des Art. 23 werde vollständig durch das vorliegende Gesetz ausgebrütet; wenn aber die Kommission direkt die Geistlichen als Schulinspektoren anstellen wolle, so würde dadurch die Verfassung abgeändert werden; die Kommissionsvorschlüge involviren eine Verfassungsänderung. Niemand würde es mit seinem Gewissen vereinigen können, für die Kommissionsvorschlüge zu stimmen, da durch dieselben Rechte des Staates der Kirche übertragen werden. (Beifall.)

Hr. v. Röscher beklagt sich über die Verdächtigungen Seitens der offiziellen Presse; trotzdem werde er sich in dem Kampfe nicht beirren lassen. Seine Partei wisse nichts von einer polnisch-kerkalischeren Koalition, nichts von Verbindung mit staatsfeindlichen

Elementen, nichts von Uebelwollen gegen den Ministerpräsidenten. Es werde vielleicht noch einmal die Zeit kommen, wo der Hr. Ministerpräsident erfahren werde, wer seine rechten Freunde seien. Der Hr. Ministerpräsident habe Unrecht, wenn er von Ueberhebung Dergleichen spreche, die etwas besser als das Ministerium zu verstehen glauben. Er könne diese Theorie des beschränkten Unterrichtsverbandes nicht acceptiren. (Ministerpräsident Fürst Bismarck tritt ein.) Durch die Vorlage geschehe der erste Schritt zur Lösung des Staats von der Kirche; ein solcher Schritt sei höchst gefährlich, da er Uebergriffe des Staats auf das kirchliche Gebiet zur Folge habe; um dies zu vermeiden, bitte er, die Kommissionsvorschlüge anzunehmen, die mit den landrechtlichen Bestimmungen vollständig im Einklang ständen. Das Ziel der Selbstverwaltung, das man allenfalls anstrebe, werde durch ein solches Staatsgesetz unmöglich gemacht. Die Gründe, die man für Aenderung des bestehenden Rechts anführe, seien nicht stichhaltig genug, um eine alibewährte Einmischung aufzuheben.

Ministerpräsident Fürst Bismarck geht auf die Theorie des beschränkten Unterrichtsverbandes ein und scheidet in diesen Worten eben eine solche Uebertreibung, wie in der Meinung, daß mit den 20,000 Thln. 40,000 neue Schulinspektoren, pro Kopf $\frac{1}{4}$ Thln., angestellt würden. (Heiterkeit.) In der Lage, in der die Regierung sich befinde, überstehe sie eine Sache besser, als der, der nicht im Regierungscentrum stehe. Diese Ansicht müsse er aufrecht erhalten, und darin würde ihm Jeder Recht geben; damit sei aber nicht vom beschränkten Unterrichtsverbande gesprochen. Einer, der über das Ganze einen Ueberblick habe, weil er jahrein jahraus an der Spitze der Regierung stehe, würde dumm sein, wenn er nicht einen klaren Ueberblick habe als Einer, der nicht im Regierungscentrum stehe; dann wäre es besser, er machte lieber einem Anderen Platz.

Hr. Redissen kann in dem vorliegenden Gesetzentwurf nichts erblicken, was nicht einfache Ausführung der Verfassung sei. Der Vorschlag der Kommission würde aber eine Abänderung der Verfassung sein. Er bitte, die Regierungsvorlage anzunehmen, und glaube mit Recht auf die Thatfachen hinweisen zu dürfen, daß die Behörden einer katholischen Stadt, seines Heimathortes (Köln), eine Petition im Sinne der Regierungsvorlage an das Herrenhaus geschickt hätten.

Hr. Meyer (Gelle) glaubt, daß die enge Umarmung, in welcher die Kirche vom Staat gefaßt wird, ihr in mancher Beziehung nicht zum Vortheil gereicht. Es würde mit diesem Gesetz die Parität unmöglich durchgeführt werden können, und die Gewissensfreiheit würde beschränkt werden. Er könne nicht zugeben, daß das gesetzliche Band gelöst werde, welches in diesem Augenblicke noch die Kirche und Schule verbinde; die Schule sei bisher stets als den kirchlichen Behörden untergeordnet betrachtet gewesen, und diese Auffassung sei durch die Verfassung sanktionirt.

Hr. Professor Dr. Hirschius hält das Gesetz für absolut nothwendig für den Staat und für die evangelische Kirche. Der preussische Staat sei in der Beziehung der niederen geistlichen Stellen so liberal, wie kein anderer deutscher Staat. Weil aber deshalb der preussische Staat so wenig Einfluß auf diejenigen habe, die für das Staatswohl kein Interesse haben, müsse er eine Waffe zu deren Entfernung in die Hände bekommen. Ferner sei diese Vorlage nöthig, um dem offiziellen System der Merkantil Partei entgegen zu treten; dieses sei durchaus staatsfeindlich. Er bitte, die Vorlage der Regierung anzunehmen zum Wohle des Vaterlandes. (Beifall.)

Darauf wird die Generaldebatte geschlossen.

Hr. v. Kellner-Kühn als Referent recapitulirt die heftigsten Ansichten, bestritt die Bedürfnisfrage und empfiehlt die Kommissionsvorschlüge als Aequivalent für die Regierungsvorlage, da es ja möglicherweise dahin kommen könne, daß die Regierung ein solches Gesetz gebrauche; aber die Grundlagen unserer bisherigen Schulverwaltung dürften nicht verändert werden. Zu dem Zweck habe die Kommission die betreffenden Vorschlüge gemacht; sie bestritt nicht, daß ein Bedürfnis vorhanden sein kann. Aber ein Gesetz, wie es die Regierung vorgelegt habe, welches die Liberalen so befreibe, welches die Rechte der Kirche gegen alle Geschichte anfaße, ein so gestaltetes Gesetz dürfe nicht angenommen werden.

Darauf vertritt sich das Haus.

Berlin, 7. März. Die preussische Landeskommmission für die große Wiener Ausstellung zählt 37 Mitglieder, und zwar 9 Beamte, 20 Industrielle und Kaufleute, 4 Landwirthe und 4 Künstler. Von Seiten der Kommission ist so eben ein Programm und eine Aufforderung zur Betheiligung an der Ausstellung erschienen. Wie darin hervorgehoben wird, hat Se. Kaiserl. und Königl. Hoh. der Kronprinz das Protektorat der deutschen Betheiligung übernommen. Die in Wien für Deutschland zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten sind größer, als die bisher auf irgend einer Welt-Ausstellung gewährt; sie stehen an Umfang den England und Frankreich zugewiesenen Räumen gleich. Bis spätestens den 15. April d. J. hat die Anmeldung der Theilnahme an der Ausstellung zu geschehen. Die Kommission hofft im Stande zu sein, bis zum 15. Juli d. J. den Ausstellern mitzutheilen, in wie weit ihre Anmeldungen haben berücksichtigt werden können. Nach Maßgabe der Anmeldungen muß der Raum in der Ausstellung vertheilt und eigerichtet werden. Leer bleibende Plätze sind verwirkt, gehen der deutschen Ausstellung verloren und fördern alle für dieselbe getroffenen Anordnungen. Deshalb wird von der Kommission die Erwartung ausgesprochen, daß alle einmal angenommenen Anmeldungen auch wirklich zur Ausführung kommen. Außer dem früher schon Gemeldeten ist

ferner von gemeinsamem Interesse noch die Mittheilung, daß für den Transport der Ausstellungsgüter auf den österreichischen Eisenbahn- und Dampfstraßenlinien von der k. österreichischen Kommission Ermäßigungen der Tarife in Aussicht gestellt sind. In Preußen werden auch bei den Verwaltungen der Privatbahnen Frachtermäßigungen für die Ausstellungsgüter erwirkt.

Berlin, 8. März. Heute früh traf Sr. Maj. der König von Württemberg aus Stuttgart hier ein. Höchstpersönlich wurde bei seiner Ankunft auf dem Anhaltischen Bahnhofe von Sr. Königl. Hoheit dem Kronprinzen und mehreren Generalen empfangen und zu seiner Wohnung nach dem Königl. Schlosse geleitet. Im Laufe des heutigen Vormittags stattete der erlauchteste Gast dem Kaiser und der Kaiserin, sowie den Mitgliedern des Königshauses Besuche ab und empfing dann die Gegenbesuche der Königl. Prinzen. Nachmittags war zu Ehren desselben bei den Kaiserl. Majestäten Galatafel. — Morgen früh um 8 Uhr wird Ihre Königl. Hoheit die Frau Großherzogin von Baden hier eintreffen. Wie verlautet, steht die Ankunft Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs von Baden in Berlin in etwa acht Tagen zu erwarten.

Gestern ist der deutsche Botschafter bei der französischen Regierung, Graf v. Arnim, von hier nach Rom abgereist, um dem Papste sein Abberufungsschreiben zu überreichen. In Betreff der Wiederbesetzung des deutschen Gesandtschaftspostens beim päpstlichen Stuhl sind noch keine Beschlüsse gefaßt. Anscheinend wird dieser Posten noch längere Zeit interimistisch verwaltet werden.

In dem Bestehen des erkrankten Ministers des Innern, Grafen zu Eulenburg, ist noch keine Besserung eingetreten. Der Minister leidet nunmehr an einer Kopfrose. Man hofft aber, daß derselbe in der nächsten Woche an den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die Kreisordnung werde Theil nehmen können.

Der Geh. Ob.-Reg.-Rath v. Wolff, vortragender Rath im Ministerium des Innern, wird bald für Orier, halb für Wiesbaden als designirter Regierungspräsident bezeichnet. Sicherem Vernehmen nach ist für denselben allerdings die Verleihung eines Regierungspräsidiums in Aussicht genommen. Bis jetzt aber fehlt in dieser Beziehung noch jede Entscheidung.

Oesterreichische Monarchie.

**** Wien, 7. März.** Unter dem Vorherrsche des österreichischen Ackerbauministers wird am 16. März in Wien eine internationale Konferenz zur Erzielung eines gleichmäßigen Vorgehens gegen die Rinderpest stattfinden.

Frankreich.

CH. Paris, 8. März. Die für morgen angekündigte Interpellation hinsichtlich der Entlassung des Finanzministers wird fast allgemein, selbst von der Rechten, mißbilligt, und mehrere Abgeordnete geben sich die Mühe, denselben vorzubeugen. Die Feinde des Hrn. Dufaure verhehlen sich insbesondere nicht, daß es ein schlecht gewählter Anlaß wäre, seinen Sturz herbeizuführen, da dies dem Verwaltungssysteme des Hrn. Janvier de la Motte seine Zustimmung geben hieße.

Die Ankunft des französischen Konsuls in Genf, Hrn. Dubruel, in Versailles hat zu dem Gerichte Anlaß gegeben, als wäre derselbe von Hrn. v. Remusat berufen worden, um über die Lage und Umtriebe der stürzenden Insurgenten in der Schweiz Bericht zu erstatten. Man behauptet selbst, daß Hr. Dubruel von der Existenz eines weitverbreiteten Komplottes gegen die Nationalversammlung und den Präsidenten der Republik überzeugt sei.

Der Prinz und die Prinzessin von Wales sind gestern hier angekommen und im Hotel Bristol abgestiegen. Morgen sollen sie sich nach Versailles begeben und der Sitzung der Nationalversammlung beiwohnen. — Einem Schreiben des Hrn. v. Contaut-Biron aus Berlin zufolge ist es ihm gelungen, die Freilassung der wegen Vergehen verurtheilten und noch in Deutschland in Haft befindlichen französischen Gefangenen zu erlangen. Derselben werden in kürzester Frist nach Frankreich zurückkehren. — Man zeigt die baldige Ankunft des Hrn. Minghetti in Versailles an, der von der italienischen Regierung mit einer Spezialmission betraut sein soll.

× Versailles, 7. März. Sitzung der Nationalversammlung vom 6. März.

Die Generaldebatte über das Gesetz gegen die Internationale wird fortgesetzt. Hr. Louis Blanc schied voraus, daß er sich um so freier gegen die Vorlage aussprechen könne, als er der Internationale nicht angehöre und nie angehört habe. Der Berichterstatter, Hr. Socage, selbst habe anerkannt, daß die Industrie, wie alles Andere heutzutage, nach einer Centralisation, nach einer Anhäufung in gewissen großen Mittelpunkten strebe. In Folge dessen könne man der sozialen Frage nicht mehr aus dem Wege gehen. Der Sozialismus sei durchaus keine Drohung oder Herausforderung; wenn die Nationalökonomie sich die Bildung von Reichthümern zur Aufgabe stelle, so suche der Sozialismus die Mittel auf, die in der Gesellschaft hervortretenden Gegensätze zu verjähren. Der Bericht spreche von einem „Glend aus Verhängnis“ (la fatalité de la misère). Redner kann solch einen fatalistischen Standpunkt nicht zulassen; so lange man betarrige Axiome aufstelle, so lange man sich damit begnüge, zu sagen, daß ein Theil der Menschheit immer arm und elend sein und für die Aebtrigen leiden müsse, so lange sei es kein Wunder, wenn Gesellschaften, wie die Internationale, sich mehr und mehr ausbreiten. Es gehöre zum guten Ton heutzutage, zu sagen, daß der Arbeiter nicht mehr zu verdienen brauche, als für seine dringendsten Bedürfnisse nötig ist. (Widerspruch.) Wer so spreche, für den existire weder Targot noch J. B. Say, und der dürfe sich nicht wundern, wenn die enterbten Klassen anderweit ihr Heil suchen. Die Frage könne nicht mit Gewalt, sondern nur durch aufmerksames Studium gelöst werden.

Gewiß — fährt Hr. Louis Blanc fort — ist die Ungleichheit eine der Bedingungen unserer Gesellschaft. Der Arme und der Unwissende kann von Hause aus mit dem Reichen und dem Unterrichteten

nicht weisern. Es genügt aber nicht, ihnen einzureden, daß diese Ungleichheit beseitigt worden ist; es genügt nicht, dem Kranken, der an sein Bett gefesselt ist, zu sagen, daß er aufstehe und gehen könne. Darum wollten sich die Massen niemals überzeugen lassen, daß die Revolution von 1789 das letzte Wort des Fortschritts gewesen sei. Die Revolution von 1789 war ohne Zweifel in hohem Grade sozialistisch; aber sie wirkte doch in erster Reihe für gewisse Klassen und ließ andere zurückgefallen. Sie schaffte die Jänste und ähnliche Beschränkungen ab, aber sie ließ an den Füßen des Volkes die beiden Galeerenfesseln: Armuth und Unwissenheit. (Stimmen: Welches Heilmittel können Sie vorschlagen?) Man fragt mich nach meinem Heilmittel; ich habe das Wort ergriffen, um gegen ein Strafgesetz zu sprechen, nicht um eine Vorlesung über Sozialismus zu halten. (Stimmen: Das haben Sie gleichwohl gethan!) Meine Ansichten können Sie in meinen Schriften nachlesen. (Hoh!) Die Arbeitseinstellungen sind eine der Formen der Volksarmuth; sie sind in moralischer und ökonomischer Hinsicht gleich bedauerlich, aber nur eine natürliche Folge des herrschenden Uebels. In England habe ich im Jahr 1854 zu Preston einen Strike erlebt, der 36 Wochen dauerte und die Arbeiter schließlich 6,250,000 Fr. gekostet hatte, worauf sie gleichwohl gezwungen waren, nachzugeben. Mit Strafbestimmungen gegen die Internationale wird man die Arbeitseinstellungen nicht verhindern; wie dieselben in England z. B. auch ohne jeden gewaltthätigen Einfluß sich erklären, darüber braucht man nur das Buch eines sehr intelligenten Geschichtsschreibers und sehr wohlwollenden Beurtheilers, des Grafen von Paris, über die Trades Unions nachzulesen. (Sehr gut links.) Die Abschaffung des Eigentums, der Familie und des Vaterlandes wird nur von einigen Sektionen gepredigt; es hieße an der Menschheit verzweifeln, wenn man solche Lehren auf Rechnung einer Gesellschaft setzen wollte, welche zahllose Arbeiter aller Länder zu ihren Mitgliedern zählt. (Unruhe.) Das Recht der freien Forschung muß unangefastet bleiben, wie es zuletzt auch immer den Sieg erringt: Luther's Werk besteht trotz der Bartholomäusnacht. Mit Gewalt wird nichts Dauerndes begründet; auch die Eroberungen durch den Krieg. (Aarm: Sprechen Sie uns von den Eroberungen durch Brandstiftung.) Will man etwa mit Geld- und Gefängnisstrafen ausdrücken, was man früher mit Folterwerkzeugen zu erlangen suchte? Ist es nicht eine alte Erfahrung, daß eine Sache durch unerbittliche Verfolgung nur gefördert wird? Nein, wir Alle, Reich und Arm, müssen danach trachten, kein Mißverhältnis zwischen Klassen aufkommen zu lassen, deren Einigkeit allein den Fortschritt ermöglicht. (Beifall links.)

Berichterstatter Hr. Saccag: Der Vortrager zitierte aus dem Zusammenhang eine Stelle des Berichts, die an ihrem Orte nur eine Ausführung des aus gewissem Munde geflossenen Ausspruchs ist: „Es wird immer Arme unter Euch geben!“ (Lebhafter Beifall rechts.) Hr. Depeyre vertheidigt die Vorlage. Dieselbe richte sich nicht gegen das Recht der freien Prüfung, sondern bekämpfe nur ein offenes bates Komplott gegen die beherrschende Gesellschaft. Daß die Internationale eine permanente Verschwörung gegen die Ausbeutenden, die Kapitalisten, die Priester und sonstigen „Abenteurer“ sei, wird in einem ihrer eigenen Manifeste (vom 2. Mai 1871) gesagt. Die Rechtmäßigkeit der Rente abzuleugnen, das Kapital in den Bann zu thun, Grundbesitz, Pacht und Miete abzuschaffen, die Armee aufzulösen, Religion und geistlichen Unterricht zu unterdrücken, das sei von jeder das Programm der Internationale gewesen. An Stelle des verpönten Wortes „Kommunismus“ habe sie das Wort „kollektivismus“ gesetzt; aber dieser Ausdruck gebe der nützlichen Aburteilung nur einen wissenschaftlichen Anstrich. Auf dem Brüsseler Kongresse habe man dann die „Allianz der sozialistischen und atheïstischen Demokratie“ ausgerufen, und diese Allianz sei von dem Londoner Ausschuss mit 54 gegen 4 Stimmen (Hr. Langlois und 13 Enthaltungen; Heiterkeit) bekräftigt worden. Das seien nicht bloße Theorien, sondern wirkliche, und zwar sehr gefährliche Thatfachen. Weiter lege sich die Internationale die Aufgabe zu Arbeitseinstellungen zum Zweck. Wie sie die Arbeitseinstellung verhehe, sei dieselbe nicht das Resultat eines berechtigten Bedürfnisses, sondern einer böswilligen Absicht, eines Komplottes. Das Gesetz wolle also nur die Freiheit des Arbeiters gegen solche Verdrückung von Seiten einer Sekte schützen. Redner erhält gegen Hrn. Tolain aufrecht, daß die Strikes von Kreuzot, Zaubambault u. s. w. von der Internationale angezettelt worden wären; „Aber habe damals vielleicht noch nicht seine Nummer in der Gesellschaft gehabt, aber sei doch schon für sie thätig gewesen. Indem sie sich von Gott, Familie und Vaterland loslagte, habe sie die Brandfackel in die Hände von Paris geschleudert, um auf Ruinen ihre Fahne aufzupflanzen. Redner will seinen Vortrag in der nächsten Sitzung fortsetzen.

Niederlande.

— Der Graf von Chambord verweilt noch immer in verhältnismäßig großer Stille zu Breda. Es kommen viele Legitimisten, darunter zahlreiche Geistliche, zum Besuch, aber ein großer Empfang hat nicht stattgefunden.

Australien.

Melbourne, 16. Febr. Das britische Schiff Rosario bombardirte und zerstörte ein Dorf auf derjenigen Südpol-Insel, auf welcher der Bischof Paterfson ermordet wurde.

Badischer Landtag.

++ Karlsruhe, 9. März. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer, die von 9 Uhr bis Abends 5 Uhr währte, stellte und begründete der Abg. Eckhard die von uns schon mitgetheilte, die Stellung der Ultrakatholiken betreffende Interpellation. Hr. Staatsminister Dr. Follh beantwortete die beiden ersten Theile derselben mit Ja, den letzten mit Nein. Es folgte sodann die Berathung der von dem Abg. Schmidt (Konstanz) und Genossen gestellten Anträge, die nach längerer Debatte zur Annahme gelangten. Der weitere Gegenstand der Tagesordnung, die Berathung der von den Abgg. Schmidt und Gen. und Intlekoser und Gen. eingebrachten Gesetzesvorschläge, wurde der vorgerückten Zeit wegen auf die nächsten Montag stattfindende Sitzung vertagt.

* Karlsruhe, 9. März. Wir sind nicht gewohnt, auf alle die Interpellationen, Insinuationen und Aufklärungsanfragen zu antworten, die, wenn das Jahr lang ist, in andern Blättern anonym an uns gerichtet zu werden pflegen. Indes kann wohl auch einmal ein Fall vorkommen, wo man eine Ausnahme macht. Ein solcher Fall liegt heute vor. Im „Bad. Beobachter“ findet ein Anonymus, der in die

früheren Verhältnisse unseres Blattes eingeweiht sein will, unsere neuliche Erklärung über die Stellung unserer Landtags-Berichterstatter nicht deutlich, nicht erschöpfend genug; er möchte noch die weitere Versicherung haben, daß der Berichter der „Karol. Bzg.“ wegen der Berichterstattungen über die Kammerverhandlungen niemals von Seiten der Regierung irgend eine Entschädigung erhalten hat. Diese Versicherung soll ihm nicht vorenthalten werden: Nein, niemals hat der Berichter eine solche erhalten. Und damit gar keine Lücke für seinen Wissensdurst bleibe, fügen wir hinzu: das Gleiche gilt auch von dem Redakteur und dem — Ausläufer, der den Manuskriptenverkehr befolgt. Damit wird ja wohl die Liste der Betheiligten erschöpft und der Hr. Anonymus sammt seinen „gut orientirten Kreisen“ in tageliche Klarheit versetzt sein.

Badische Chronik.

++ Karlsruhe, 8. März. Nach einer Mittheilung des Konsulats der vereinigten Staaten von Nordamerika haben die aus dem Großherzogthum nach den Vereinigten Staaten ausgeführten Werthmengen betragen: im Jahr 1869 1,155,738 fl., 1870 1,490,720 fl., 1871 2,260,380 fl.

Von diesen Ausfuhrgegenständen kommen auf:

	1869	1870	1871
	fl.	fl.	fl.
1) Baumwollwaaren und zwar Kleider- und Modestoffe	27,658.	26,411.	110,778.
Sammet	—	—	71,148.
Schawls	—	—	46,615.
2) Wollenwaaren, Tuch und fertige Kleidungsstücke	3,802.	1,908.	4,541.
3) Korsetten	125,270.	212,588.	99,393.
4) Nähseide	43,477.	56,373.	46,202.
5) Leber	265,270.	285,170.	374,258.
6) Galanteriewaaren in Holz, Stein, Glas u. c.	6,586.	5,969.	15,443.
7) Bijouterie-Goldwaaren	143,810.	305,997.	551,640.
8) Juwelen, Edelsteine und Schmuck	3,938.	385.	56,645.
9) Glus, meist für Bijouterie	7,605.	12,975.	5,479.
10) Pappwaaren, meist Schachteln und Bonbonnières	8,658.	4,615.	10,571.
11) Strohwaaeren	8,613.	9,423.	19,315.
12) Glaswaaren, hohle, Spiegel	6,667.	16,345.	14,143.
13) Optische Waaren	114,747.	138,091.	109,114.
14) Porzellanstücke	—	14,735.	19,565.
15) Maschinerien, Messer u. a. Eisenwaaren	2,663.	1,249.	6,152.
16) Apparate, chemische, mathematische und physikalische	2,362.	1,949.	4,004.
17) Delgemälde	1,650.	2,885.	9,162.
18) Musikalische Instrumente u. Werke	11,266.	17,420.	23,517.
19) Taschenuhren, u. Taschenuhrwerke	11,964.	29,696.	32,549.
20) Uhren und Uhrwerke	7,246.	9,667.	28,663.
21) Droguen, Chemikalien, Farben, Del u. andere Materialwaaren	63,576.	36,719.	59,728.
22) Mineralwasser	10,259.	4,217.	4,153.
23) Früchte, gedörrt und eingemacht	7,550.	2,916.	11,988.
24) Fleischwaaren, Schinken, Würste, Käse u. c.	10,370.	7,812.	3,867.
25) Branntwein, Risch- u. a. gebrannte Wasser	11,890.	5,788.	20,074.
26) Wein	145,869.	209,888.	158,053.
27) Landesprodukte, als Grauen, Grüntern, Hanf, Kümmel und Mohnsamen	5,418.	3,014.	9,730.
28) Schnupftabak	17,806.	8,691.	15,215.
29) Rauchartikel	56,645.	51,509.	39,636.

In geringeren Werthbeträgen ausgeführte Gegenstände sind: Journiere, Möbel, Waffen, Bücher, Leinwandwaaren, Petroleumfässer, Besch, platirte Waaren, Schuhe, Bürsten und Kämme, Haferfelle, Handschuhe. Ein beständiges Wachsthum der Ausfuhr kann sonach konstatiert werden bei D. 3. 7, Goldwaaren, D. 3. 10, Strohwaaeren, D. 3. 13, optische Waaren, D. 3. 14, Porzellanstücke, D. 3. 17, Delgemälde, D. 3. 18, musikalischen Instrumenten und Werken, D. 3. 19 und 20, Taschenuhren und Uhrwerken, und zwar seit 1869 bei Porzellanstücken etwa um den fünfsachen, bei Goldwaaren und Uhrwerken etwa um den vierfachen, bei musikalischen Instrumenten u. a. um den 1/4fachen bis doppelten Betrag. In fortwährender Abnahme begriffen war die Ausfuhr bei D. 3. 22, Mineralwasser, D. 3. 24, sog. Provisionen, Schinken, Würste u. dgl., und D. 3. 29, Rauchartikel. Einen mehr oder weniger bedeutenden Rückschlag haben im Jahr 1870 erlitten — zum Theil wohl im Zusammenhang mit den kriegerischen Ereignissen dieses Jahres — D. 3. 21, Grauen, Grüntern u. c., D. 3. 25, gebrannte Wasser, D. 3. 27, Grauen, Grüntern u. c., D. 3. 28, Schnupftabak, sowie Woll- und Baumwollwaaren, Leber, Galanteriewaaren, Juwelen u. c. und Pappwaaren — ein Rückschlag, der im Jahr 1871 durch eine um so lebhaftere Ausfuhr wieder mehr als ausgeglichen wurde.

Reduzirt man die einzelnen Ausfuhrwerthe auf Prozentsätze der gesammten Ausfuhr von 1871, so erscheinen in erster Reihe Goldwaaren mit 24,4 %, nach ihnen kommt Leber mit 16,5 %, Baumwollwaaren mit 10,1 %, Wein mit 6 %, Spiegel mit 4,3 %, Korsetten mit 4,3 %, Droguen mit 2,6 %, Juwelen mit 2,5 % u. s. w.

Vergleicht man die Gesammtausfuhr der 3 Jahrgänge, so bezieht sich der Mehrwerth der Ausfuhr im Jahr 1870 gegen das Vorjahr auf 334,932 oder rund 29%, ebenso im Jahr 1871 auf 769,660 fl. oder rund 52% — ein erfreuliches Zeichen der immer mehr erhaltenden und in immer weiteren Kreisen Absatz findenden Produktion unseres Landes.

S. d. G. Karlsruhe, 6. März. (Sitzung des Gemeinderaths unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Lauter.) Der Vorsitzende theilt mit, daß allerhöchsten Orts die kaiserliche Abgabe eines Theiles des großh. Forstgartens an die Stadtgemeinde Karlsruhe zu Zwecken der in der Waldhornstraße zu erbauenden höheren Bürgerschule bewilligt worden ist. Bei Verhinderung des Stadtbau- und Meisters, den Schulbau zu leiten, wird beschloffen, den Baucaus und Professor Lang zu ersuchen, die Oberleitung zu übernehmen, und demselben den Architekten Benzinger bei der Abt. Wasserleitung beizugeben. (Hr. Lang hat bereits zusagebende Antwort ertheilt.)

5642. A. d. h. v. Verwandten und Bekannten widmen wir die schmerzliche Nachricht, daß unser geliebter unvergesslicher Gatte und Vater, Christian Braun, heute früh 8 Uhr von seinen Leiden unerwartet schnell durch sanften Tod erlöst worden ist.

Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittag 1/2 5 Uhr statt.
Um stille Theilnahme bitten,
Achern, den 7. März 1872,
Die trauernden Hinterbliebenen.

5647. 1. Karlsruhe.
Im großen Eintrachtsaale.
Mittwoch 13. März, Nachmittags 4 Uhr,

Konzert

der zehnjährigen Pianistin
Therese Hennes.

In öffentlicher Weise wie in den Städten Ghr., Baden, Düsseldorf, Frankfurt, Darmstadt und Mannheim werden in diesem für die hiesige hiesige Jugend berechneten Konzerte zum Vortrage gelangen: Compositionen von Seb. Bach, Mozart, Fielb, Mendelssohn, St. Heller, Köhler und Raff.
Karten zu 1 fl., sowie für Kinder und Schüler zu 30 kr. sind in der Musikalienhandlung von E. Schuster zu haben.

Lebenerhaltung und Stärkung.

An den Kgl. Hoflieferanten Hrn. Johann Hoff in Berlin.
Ich danke es noch heute und theilnehmenden Freunden dem Herrn, daß ich nach vielen Jahren des Leidens in Ihrem wunderthätigen Malzertrank endlich ein Mittel gefunden habe, das mich stärkt, und er wird auch geben, daß ich davon werde völlig wieder hergestellt werden. Ich bebaute nur, dieses Mittel nicht früher gekannt zu haben, meine Leiden hätten mich dann nicht so überhäufigt. G. H. H. in, 9. Februar 1872. Conrad, Lehrer.
Verkaufsstelle bei Mich. Hirsch, Kreuzstraße Nr. 3 in Karlsruhe. 5581.

5637. Frankfurt a. M. (1603/3)

Gesuch.

Ein gebildeter, geschäftstüchtiger lediger Mann, mit Vermögen, sucht im Großherzogthum Baden oder Elß-Lothringen sich bei einem frequenten Hotel zu betheiligen oder zur Neugründung eines Associe mit Kapital. Geschäftskenntnisse erwünscht. Discretion Ehrensache. Offerte sub H. B. No. 1603 besorbt die Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse in Frankfurt a. M.

Gesundheits-Pillen.

Siebt 7 Jahre erprobte für Kolik, für Korruption, bei hiesiger Lebensweise, gegen Schlaganfall etc.

A. H. BOLDT'S

American-Pills nur aus Pflanzen bereitet. 1 Schach. (72 Pillen) 1 fl. 24 kr. Anwendung leicht.

Halten das Blut rein, säften und befeuchtigen den Stoffwechsel und entfernen alle schlechten Säfte, Schärfen, Schleime, Rückfälle etc.
Wein weiß. Geschwächte wirken sie speziell zur Herstellung und Regelung des Blutes, wozu 1/2 Schach. genügt.
Echt bei: Th. Brugler (Gauvi. D. post für Baden) Waldstraße 10 in Karlsruhe. — Wm. Rost, Drogerie a. Schwabenthor und Emil Rotzinger am Münsterplatz in Freiburg. — Fr. Killian W. Poststraße 113 in Bruchsal. — Louis Kalber in Heidelberg. F. Hensler in Waldshut. — J. Henschler in Schopfheim. — A. Otto Rettich in Markdorf in Baden. Ferner bei Gebr. Gehrig, Apoth. und Königl. Hoflieferanten in Berlin und noch vielen anderen Städten.
Jede echte Schachtel trägt den Garantien-Stempel „Drogerie Aug. Hrn. Boldt à Genève“ (Genf i. d. Schweiz). 5441.2.

Die Rathschreiberstelle

hier mit einem ständigen Gehalt von 100 fl., und unabhängigen Einkommen von 300 fl. in alebald zu besetzen.
Bewerber wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse binnen 14 Tagen melden.
Achern, den 7. März 1872.
Gen. einberath. Kott

Bekanntmachung.

Die freiwillige Feuerwehr Bühl (Stadt) wünscht zur Bewaffnung der Wachmannschaft etwa 20 Stück leichter Cavalleriefädel anzuschaffen. Offerten wollen unter Preisangabe an das Commando gerichtet werden.
Bühl, den 6. März 1872.
Commando der freiwilligen Feuerwehr.

Maftatt. 5654. Die frequente Restauration zur Wurgelst sammt schöner Garten-Veranda mit gebodeter Regelpiste verpachtet.
Zuphoff.

Heinrich Rosenbaum & Co.

Kanalstraße 25

München.

Fabrik- & En-gros-Lager in nachfolgenden Artikeln:

Für Kaufleute und Seiler:

Geponnene Rogghaar: Wolkerhaar von Ebr. 12 — bis 40 —
Wairah-n-Haar 46 — 80 —
Crin d'Afrique grün und Schwarz;

Italienische Robbante: Belegner, Geneter und Ferrarier;
Ungarische Hünke: Srag-spighant, Spighörit und Robbant;
Bayerische Hünke: Hell und dunkel in allen Sorten; verschiedene andere Gattungen, Flachs und Werg.

Für Tapezierer und Sattler:

Rogghaar und Crin d'Afrique wie oben; Rogghaar, Wolkerhaar etc.

Für Bürstfabrikanten:

Feinste italienische Reisswurzeln zu Kleider- und Sammt-Bürsten von Ebr. 34 an;
italienische Reisswurzeln prima Qualität von Ebr. 28 bis Ebr. 42 pr. Cir. je nach Größe;
men. Fibre, Siam, rote und weiße zugerichtete bayrische Schweinsborsten, zugerichtete Kalfborsten, Boidsch, Plasava, italienische Beien und dergl.

Für Hulsfabrikanten:

Alle Sorten Hasenbäare, Caninbäare in dieser schottischer Waare und in allen Farben und Sorten; reihe, schwarze und weiße Widchulle, Kameelsbäare, Braunaauer Sommerwolle, türk. und russische Kammmolle, Kälberbäare und andere Wollsorten.

Für Tuch- und Wollwaarenfabrikanten:

Bayerische und ungarische Zwets- und Einshurwollen; feine und ordinäre Gerberwollen, Kämmlinge etc.

Schriftliche Aufträge erbitten wir uns franco und werden dieselben zu den billigsten und festen Preisen prompt ausgeführt. 5502. 1.

Weingeschäfts-Verkauf zu Hagenau im Elß.

Das bestrenommierte Wein-Geschäft des Herrn Charles Didlo in Hagenau wird zum Verkaufe ausgetreten mitsammt der Einrichtung und einem Fässer-Material von beläufig 1,200 Hektoliter.
Sämmtliche Weine, Brauntweine und Liqueurs werden zum Factura-Preise abgegeben.

Näheres zu erfragen auf dem Bureau der „Hagenauer Zeitung“, Gärtnermarkt Nr. 3.

Die General-Agentur

einer gut eingeführten Lebensversicherungs-Gesellschaft mit hoher fester Einnahme zu besetzen. Adressen unter N. 549 übernimmt die Expedition d. Bl. 5646.

Gasinstallateur.

ein tüchtiger, welcher auf Eisenrohlingen eingeleitet ist und auch die Schlosserei gründlich versteht, findet dauernde Stelle und gute Bezahlung beim Gaswerk Heidelberg. Zeugnisse erforderlich.

Kochstellen-Gesuch.

Ein junger Mann, welcher in einem Hotel 1. Ranges die Kochkunst erlernte und mit guten Zeugnissen versehen ist, wünscht zu seinem weiteren Fortkommen gute Stelle. Zu erfragen bei Jakob Rothweiler, Dreher in Karlsruhe. 5651.

Lehrlings-Gesuch.

In einem Spezerei-, Farb- und Cigarren-Geschäft in Baden wird ein Lehrling unter angenehmen Bedingungen gesucht oder ein Diener aufgenommen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Wein- und Kirschwasser-Versteigerung.

Josef Kimmig von Thiergarten lässt am nächsten Dienstag den 12. März, Mittags 1 Uhr, seine selbstbesagene Weine, als:
22 Don. 1869: Weisbergh. Gemischter.
26 1870: Weisbergh. Auele.
20 1871: Ringelberger. Kleeber.
10 1871: Weisbergh. Gemischter.
12 1871: Ringelberger.
15 200 alte Maß feinstes Kirschwasser, in feiner Behaltung öffentlich versteigern, wozu einladet.
Thiergarten bei Oberfl. 8. März 1872.
Josef Kimmig.

Gasthof-Verkauf.

5175.3. Ein getretener Familienverhältnisse wegen wird in einer Hauptstadt Badens eine der renommiertesten und frequentesten Gasthöfe verkauft. Einem tüchtigen, geschäftstüchtigen und soliden Käufer werden die billigsten Kauf- und Zahlungsbedingungen gestellt.
Günstige Anträge mit Offerte L. M. Nr. 863 besorgt die Expedition dieses Blattes.

Abhaltung eines weiteren Schafmarktes.

Nachdem die hiesige Stadtgemeinde die Erlaubnis zur Abhaltung eines weiteren Schafmarktes erhalten hat, wird derselbe am Freitag den 15. März d. J. abgehalten werden. Verkäufer und Käufer werden hiezu eingeladen.
Den 7. März 1872.
Gemeinderath.

Gesucht wird ein zuverlässiger Diener.

Rur mit ganz guten Zeugnissen Versehene finden Berücksichtigung. Zu erfragen bei der Expedition dieses Blattes. 5613.2.

Gemälde-Verkauf.

Ein Delgemälde, die Verpötlung Jesus, gemalt von Johannes Zid, besonders für eine Kirche sich eignend, ist um den Preis von 36 fl. zu verkaufen. Näheres Karl Friedrichstraße Nr. 1 in Karlsruhe im zweiten Etod. 5658.

Kaiser & Ruh

gemeinsamlich betriebene Musikalien- u. Instrumenten-Handlung

Friedrich Kaiser

in der bisher geschickten Weise fortführen werde. Um allen Anforderungen zu genügen, werde ich für die Folge bestrebt sein, die mit genanntem Geschäfte verbundenen

Musikalien-Leihanstalt

durch Einverleibung des Neuesten und Besten, was die Musikliteratur bietet, zu bereichern.
In gleicher Weise habe ich auch mein Lager in Flügeln, Pianos, Pianinos und Harmoniums, sowie aller Gattungen von Saiten-, Holzblas- und Blechinstrumenten, Accordions, Spildosen etc. etc. aus reichhaltige assortirt. Für Güte und Solidität meiner Instrumente kann ich um so mehr jede mögliche Garantie leisten, als ich dieselben nur aus den anerkannt berühmtesten Fabriken bezüge. — Stimmungen und Reparaturen aller Art werden von mir wie bisher besorgt.

Pianoforte-Verleihgeschäft

besens empfohlen, und bitte das Vertrauen, lassen sich die hiesige Firma erstere, auch mir zuzuwenden.
Freiburg. Friedrich Kaiser, beim Großh. Palais.

Villa-Verkauf.

5362.3. Waldshut.
Eine der schönsten Villa mit circa 2 Morgen eingetheilten Aeren und Anlagen, woben 1 Morgen mit edlen Bäumen angepflanzt, welche durchschnittlich per Jahr 15—18 bad. Dhm der feinsten Weine liefern, und in der Umgehung einer der schönsten und größten Städte des bad. Oberlands in gesunder Lage mit prachtvoller Aussicht, in wegen Wegzug des Eigentümers unter günstigen Bedingungen zu verkaufen durch

Zu verkaufen.

Im bad. Mittelheimeis im Wurgel wird eines der reuablichsten Gienewerke mit Gießerei, Maschinenwerkstätte und einer Sägmühle von 5 Pferdekraft, nebst einem Wohnhaus mit Magazinen, Stallungen, Remisen, Dekonomiegebäude, einem Fatterbau, zwei Arbeiterhäusern und mehreren großen Gärten etc. unter günstigen Bedingungen verkauft.

Das Ganze ist a. roudirt und umfaßt ein Areal von circa 10 Morgen.
Näheres Auskunft erbittet

Fid. Bornhauser, Kommissiönär in Waldshut Nr. 171.

Zu verkaufen.

In einem lebhaften Städtchen des bad. Oberlandes, unmittelbar des Bahnhofs gelegen, ist ein eleganter, 2 1/2 stöckiger Neubau mit einem durchgehenden Keller, nebst Garten, Hofraite und Brunnen unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.
Dieser Neubau ist 54' lang und 33' breit, würde sich deshalb zu jeder Fabrik-Einrichtung eignen, weil eine Wasserkratt verbunden werden kann.
Näheres Auskunft erbittet

Fid. Bornhauser, Kommissiönär Nr. 171 in Waldshut.

Bekanntmachung.

5652. Karlsruhe.
Die Untererhebungsstelle in Waldshut ist in G. l. o. s. g. u. g. gekommen.
Bewerber, welche den Gesuchsbogen des § 6 der landesherrlichen Verordnung vom 30. Mai 1868 entsprechen, haben ihre Gesuche binnen 3 Wochen an Großh. Staatsdirektion gelangen zu lassen.
Karlsruhe, den 8. März 1872.
Großh. Ministerium der Finanzen.
C. H. A. i. e. r. v. d. G. a. s. s. e. r.

Bekanntmachung.

5636. 1. Karlsruhe.
Mit Bezug auf die Verordnung Großh. Handelsministeriums vom 4. April 1870 (Gesetzes- und Verordnungs-Blatt Nr. XXI) wird hiermit bekannt gegeben, daß die nächste Prüfung der Schiffsen für den Eisenbahndienst am

Montag den 22. April 1. J. vorgenommen werden wird.

Karlsruhe, den 7. März 1872.
General-Direktion der Großh. Staats-Eisenbahnen.
Z i m m e r.
Rebmann.

Bekanntmachung.

5640. Nr. 94. Acheru.
Zur Auffstellung des Lagerbuches von der Gemerkung Großh. Staats-Eisenbahnen am Donnerstag den 14. d. M. in das dortige Rathszimmer anberaunt.
Die Grundeigentümer dieser Gemerkung werden hieron in Kenntnis gesetzt und aufgefordert, die Rechtebesitzverhältnisse ihrer Grundstücke unter Angabe der darauf bestehenden Urkunden, dem Unterzeichneten in der angegebenen Zeit vorzutragen.
Achern, den 7. März 1872.
W. o. l. f. f. Bezirksamte.

Lieferung

von Brennholz für die Großh. bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit höherer Ermächtigung soll die Lieferung nachstehender Brennholzsortimente bester Qualität mit einer Lieferungsfrist bis zum letzten Juni 1872 in die nachbenannten Magazine im Offenwege vergeben werden, und zwar:

In das Magazin	buchen	tannen oder forlen
Mannheim	50 Stck	370 Stck
Heidelberg	190	650
Lauda	80	390
Karlsruhe	120	1500
Reh	50	200
Offenburg	80	140
Freiburg	60	200
Waldshut	180	180
Konstanz	200	400

Die Lieferung hat kostenfrei in die betr. Magazine oder auf eine den Magazinen nahegelegene Station der badischen Staats-Eisenbahn zu geschehen.
Diesjenigen, welche sich an der Lieferung betheiligen wollen, werden aufgefordert, ihre verfertigten Angebote mit der Aufschrift „Brennholz-Lieferung für die Großh. bad. Staats-Eisenbahnen“ bis einschließlich Montag den 18. d. Mts. bei unterzeichnetem Stelle einzulegen, woselbst auch die Bedingungen erhoben werden können.

In den Angeboten ist genau das Magazin oder die Station zu bezeichnen, wosin geliefert werden will, ebenso ist für den einen und anderen Fall der Preis per Stck mit Zahlen und Worten anzugeben. Angebote, welche diesen Bedingungen nicht entsprechen, werden nicht berücksichtigt.
Karlsruhe, den 8. März 1872.
Großh. Hauptverwaltung der Eisenbahnmagazine.
W e i l i n g e r.

Bekanntmachung.

5639. 1. Karlsruhe. (Holzversteigerung.) Aus Großh. Hartwald, Abth. Remader, werden versteigert,
Donnerstag den 14. d. M.:
305 alte Forsten, Kuchholzstämme I., II. und III. Klasse,
10 Tannen, Bauholzstämme,
369 Stck forstene Prügelholz.
Zusammenkunft: früh 9 Uhr auf der Eutenferer Allee, am s. g. alten Durlacher Weg.
Karlsruhe, den 6. März 1872.
Großh. Bezirksforstamt Gegenstein.
v. K e i l e r.